Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Flensburg, 10.06.2026

Flensburg schafft Voraussetzungen für Kommunale Wohnungsbaugesellschaft

SSW, SPD, Grüne und Linke legen gemeinsamen Antrag vor

Die Ratsfraktionen von SSW, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wollen die Stadt Flensburg stärker in die Verantwortung für bezahlbaren und sozialen Wohnraum nehmen. Mit einem gemeinsamen Antrag setzen sich die Fraktionen dafür ein, innerhalb der Verwaltung eine neue Abteilung zu „Kommunaler Wohnraumversorgung“ einzurichten. Ziel der neuen Struktur ist es, Wohnraumangebote insbesondere für Menschen zu schaffen, die auf dem freien Wohnungsmarkt kaum Chancen haben. Dazu zählen ehemals obdach- und wohnungslose Menschen, Frauen nach einem Aufenthalt im Frauenhaus, Menschen mit besonderen sozialen Unterstützungsbedarfen sowie gemeinschaftliche und inklusive Wohnprojekte.

Mats Rosenbaum, Fraktionsvorsitzender vom SSW betont: „Es geht uns ausdrücklich nicht darum, bestehende Wohnungsbaugenossenschaften oder andere Akteure zu verdrängen. Aber dort, wo der Markt keine Lösungen mehr bietet, muss die Kommune Verantwortung übernehmen und selbst Angebote schaffen können.“

„Die Wohnungsfrage ist eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit – auch in Flensburg. Wenn Menschen trotz Arbeit oder nach einer schwierigen Lebensphase keine Wohnung finden, dann darf die Stadt nicht länger nur zuschauen. Mit diesem Antrag leiten wir den Wiedereinstieg in die kommunale Wohnraumversorgung ein.“, erklärt Florian Matz, wohnungspolitischer Sprecher der SPD.

Auch die Grünen sehen in dem Antrag einen wichtigen strategischen Schritt für die Stadtentwicklung. „Wohnen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mit der neuen Abteilung schaffen wir erstmals die organisatorischen

Voraussetzungen, um soziale und inklusive Wohnprojekte gezielt zu entwickeln und langfristig zu sichern“, sagt Katja Clausen, Fraktionsvorsitzende der Grünen.

Leon Bossen ergänzt: „Wir beginnen bewusst dort, wo die Not am größten ist: bei Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt kaum noch eine realistische Chance haben. Aber der Antrag ist zugleich mehr als eine Einzelfalllösung. Er verankert Wohnen wieder stärker als kommunale Aufgabe und schafft Strukturen, mit denen Flensburg langfristig handlungsfähiger auf steigende Mieten, fehlenden bezahlbaren Wohnraum und soziale Bedarfe reagieren kann.“

Das Linke Bündnis betont: „Viele Städte zeigen längst, dass Wohnraumversorgung auch kommunale Aufgabe sein muss. Flensburg muss diesen Weg jetzt ebenfalls einschlagen“, erklärt Fraktionsvorsitzender Tjark Naujoks.

Die Verwaltung soll nun prüfen, an welchen Standorten im Stadtgebiet entsprechende Wohnangebote geschaffen oder entwickelt werden können. Zudem ist eine jährliche Berichterstattung im Finanzausschuss vorgesehen.